

Kommentar Wirtschaftspolitik
2013/29 | 11. September 2013

Zukunft Weltwirtschaft - Europa in der Welt

Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter ist der „Zukunft Weltwirtschaft“ gewidmet, wobei der Schwerpunkt auf der Fragestellung liegt, welche Rolle Europa künftig in der Weltwirtschaft spielen kann. Dabei sind langfristige Prognosen zur Zukunft der Weltwirtschaft natürlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Unumstritten ist aber, dass zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer mittelfristig an Dynamik gewinnen, während Europa noch sehr stark mit den Folgen der Krise kämpft. Sicher ist auch, dass Europa seine Anstrengungen erhöhen muss, um auch in Zukunft ein wichtiger globaler Player sein zu können.

Kappel und Milla stimmen überein, dass sich gegenwärtig eine **globale wirtschaftliche Machtverschiebung** abzeichnet und die BRICS-Staaten¹ wie auch andere Schwellenländer zu den neuen Wachstumspolen der Weltwirtschaft werden. Dabei betont Kappel, dass sich die globalen Machtverschiebungen nur sehr langsam vollziehen und die BRICS-Staaten die Wirtschaftsleistung der EU und der USA nicht in kürzester Zeit überholen werden.

Als Beispiel für ein Land, das innerhalb von 30 Jahren von einem armen Entwicklungsland zur zweitgrößten Wirtschafts- und zum wichtigsten Exporteur der Welt aufgestiegen ist, beschreibt Urban **China**, das derzeit einen Übergang von arbeitsintensiven Exportindustrien mit niedriger inländischer Wertschöpfung zu technologieintensiven Industrien mit hoher Wertschöpfung anstrebt.

Trotz des rasanten Aufstiegs zahlreicher Entwicklungs- und Schwellenländer sei **Europa nach wie vor eine gewichtige Wirtschaftsmacht** und der größte Wirtschaftsraum der Welt, argumentiert Kappel. Doch die Wachstumsraten der EU liegen in den letzten Jahrzehnten deutlich unter dem Durchschnitt der aufstrebenden Mächte und die wirtschaftliche Dynamik in Europa sei gering. Kappel ist davon überzeugt, dass die EU ihre internen Probleme lösen und u.a. eine kohärente europäische Außen-, Finanz-, Technologie- sowie Netzwerkpolitik entwickeln müsse, um wieder an Attraktivität zu gewinnen.

Klodt vertritt die Ansicht, dass die Europäische Union zunehmend einer großen Baustelle gleiche, auf der eifrig gewerkelt werde, auf der aber niemand einen Plan zu haben scheint, wie das Bauwerk letztendlich einmal aussehen soll. Als Konsequenz habe sich das Image der EU in den Augen seiner Bürger in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Weitere wesentliche Gründe für das sich verschlechternde Bild der EU seien, dass **das Prinzip der Subsidiarität** „auf den Kopf gestellt sei“ und die „Brüsseler Regulierungsexzesse“ Überhand gewonnen hätten. Klodt schlussfolgert daraus, dass die EU gut beraten wäre, über eine **Neujustierung der Kompetenzverteilung** zwischen gemeinschaftlicher und nationaler Ebene nachzudenken.

Scheiblecker widmet sich in seinem Beitrag der Analyse von **Ungleichgewichten im Euroraum**. Er argumentiert, dass bereits beim Start der Währungsunion außenwirtschaftliche Ungleichgewichte bestanden, die sich bis zum Ausbruch der großen Rezession im Jahr 2008 verstärkten. Mit dem Ausbruch der Krise wurden die Probleme mit einem Schlag offenkundig, da deren Finanzierung nicht weiter möglich war. Seither seien Anpassungsprozesse im Gange, die die

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262
Karin.steigenberger@wko.at

¹ BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

innereuropäischen Ungleichgewichte deutlich verringern.

Auch Hochberg erläutert in ihrem Beitrag, dass der **krisenbedingte „Reformschub“** in wichtigen Peripherieländern bereits zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder geführt hätte. Die Autorin ist außerdem der Ansicht, dass das Eingreifen des Staates im Zuge der Krise zwar einerseits einen Kollaps des Finanzsystems verhindert hätte, der Preis dafür jedoch hoch sei, was sich insbesondere in der hohen Staatsverschuldung zeige. Europa könne dann gemeinsam vorankommen, wenn der Balanceakt zwischen struktureller Entschuldung und wachstumsfördernder Politik gelingt.

Vöpel argumentiert, dass eine **Korrektur der Ungleichgewichte** und eine dauerhafte Lösung der Euro-Krise notwendig seien, um die Weltwirtschaft zu stabilisieren und die Globalisierung fortzusetzen. Zwar hätte sich die akute Euro-Krise zumindest vorübergehend ein wenig beruhigt, eine nachhaltige Lösung der Krise stehe aber aus. Für Europa sei es wichtig, als bedeutender Währungsraum neben den USA und China Bestand zu haben.

Beckmann, Gächter und Ritzberger-Grünwald beschäftigen sich mit der Frage, inwiefern sich das **internationale Währungssystem** in den letzten Jahren gewandelt hat und welche Rolle diverse Währungen in Zukunft spielen werden.

Kroker und Lichtblau widmen sich in ihrem Beitrag der **Bedeutung der Industrie** für das Wohlstandsniveau einer Volkswirtschaft. Sie argumentieren, dass die globale Wirtschaftskrise vielen die Augen geöffnet und einer wieder industriefreundlichen Sichtweise Platz gemacht hätte. Denn galt es lange Zeit als Zeichen einer modernen Volkswirtschaft, wenn sich ihr Industrieanteil zurückbildete und sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Aktivitäten mehr und mehr auf Dienstleistungen verlagerte, hat sich dies in jüngerer Vergangenheit wieder gewandelt. Die Autoren argumentieren, dass eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige industrielle Basis die Wachstums- und Wohlstandsperspektiven einer Volkswirtschaft positiv beeinflusst. Dabei wandeln sich auch innerhalb der Industrie die Anforderungen. So gehören die Tertiärisierung der Produktion und die integrierten Angebote von Industrie- und Dienstleistungsprodukten in so genannten hybriden Geschäftsmodellen zu den maßgeblichen Zukunftstrends.

Shih widmet sich in seinem Beitrag der **„Reindustrialisierung in den USA“** und leitet daraus Schlussfolgerungen für Europa ab. Er argumentiert, dass sich das „competitiveness gap“ zwischen China und USA viel stärker verringert hätte, als zwischen China und der Eurozone. Ein Grund dafür seien die viel höheren Energiekosten in Europa.

Hefeker beleuchtet die **Veränderungen in der globalen Energiepolitik**, die grundsätzlich dadurch gekennzeichnet sind, dass sowohl neue Anbieter als auch neue Nachfrager auf den Plan treten. Zu den neuen Nachfragern gehören insbesondere asiatische sowie afrikanische Länder. Gleichzeitig könne aber auch von einem deutlichen Anstieg der Energieproduktion ausgegangen werden, zum einen weil die OPEC ihre Produktion ausweiten wird, zum anderen weil **neue und unkonventionelle Vorkommen erschlossen** werden. Für Europa hätten die Entwicklungen am Energiesektor zur Folge, dass Europa an relativer Bedeutung verlieren und weniger Einfluss auf die internationalen Märkte haben werde. Vor diesem Hintergrund hält er eine größere Harmonisierung und Kooperation der europäischen Länder für notwendig.

Liu beschäftigt sich mit der Governance-Struktur der Weltwirtschaft und der Rolle, die der G20 dabei zukommt.

Felbermayr und Larch widmen sich der wirtschaftspolitischen Bewertung des **Transatlantischen Freihandelsabkommens**, das gegenwärtig zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Die Autoren kommen zu einer positiven Einschätzung des Vorhabens: Es schaffe sowohl in den USA als auch in der EU Wohlstand und Arbeitsplätze und führe nicht zu Disparitäten innerhalb der EU.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung